

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 18/6743 –**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan

A. Problem

Die Bundesregierung hat am 18. November 2015 die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan bis zum 31. Dezember 2016 mit bis zu 980 Soldatinnen und Soldaten beschlossen. Mit dem vorliegenden Antrag wird die Zustimmung des Deutschen Bundestages hierzu erbeten.

Die im Januar 2015 begonnene Mission Resolute Support hat bisher maßgeblich dazu beigetragen, die afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte weiter zu professionalisieren. Resolute Support ist dabei als Operation in drei Phasen angelegt. Zunächst soll weiter das „Nabe- und Speichenmodell“ in den Hauptquartieren und höheren Kommandobehörden der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte der jeweiligen Speichen wirken. In einer zweiten Phase wird die Ausbildung, Beratung und Unterstützung mit dann verringertem Kräfteansatz grundsätzlich auf die Institutionen der afghanischen Hauptstadt Kabul konzentriert. In einer dritten und letzten Phase soll die Rückverlegung der internationalen Truppen aus Afghanistan beginnen. Der Operationsplan der NATO schreibt die Übergänge der Phasen zeitlich nicht vor. Die Obergrenze des einzusetzenden Personals wurde auf 980 erhöht. Damit gewinnt das deutsche Einsatzkontingent die notwendige Flexibilität, um die Beratungs-, Ausbildungs- und Unterstützungsleistung in der Speiche Nord auf Grundlage der Analyse der Fähigkeitsdefizite der afghanischen Sicherheitskräfte auch personell erhöht und intensiviert weiterzuführen. Die Mission Resolute Support ist weiterhin kein Kampfeinsatz und hat auch nicht die Aufgabe, sich direkt an der Terror- oder der Drogenbekämpfung zu beteiligen. Die allgemein volatile Lage ergibt allerdings, dass es dennoch zu Gefechtshandlungen in Ausübung des Selbstverteidigungsrechtes, zum Schutz der eigenen Truppe, von Personal der internationalen Gemeinschaft oder designierter Personen kommen kann. Resolute Support ist Teil

der umfassenden Unterstützung der Bundesregierung für Afghanistan. Gute Regierungsführung, Sicherheit sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklungsperspektive sind Schlüssel zu einer besseren Zukunft für alle Afghanen und zugleich der beste Weg, um Flucht- und Migrationsursachen in Afghanistan effektiv zu begegnen. Der Einsatz Resolute Support hilft, die Bedingungen für unser ziviles und polizeiliches Engagement zu erhalten. Gleichzeitig setzt er ein wirksames Zeichen gegen Hoffnungen der regierungsfeindlichen Kräfte auf militärischen Erfolg und verbessert damit die Ausgangsbedingungen für einen politischen Friedensprozess.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Der Haushaltsausschuss nimmt gemäß § 96 GOBT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/6743 anzunehmen.

Berlin, den 4. Dezember 2015

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Niels Annen
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jürgen Hardt, Niels Annen, Wolfgang Gehrcke und Dr. Frithjof Schmidt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/6743** in seiner 143. Sitzung am 3. Dezember 2015 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie gemäß § 96 GOBT dem Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Die Bundesregierung hat am 18. November 2015 die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan bis zum 31. Dezember 2016 mit bis zu 980 Soldatinnen und Soldaten beschlossen. Mit dem vorliegenden Antrag wird die Zustimmung des Deutschen Bundestages hierzu erbeten.

Die im Januar 2015 begonnene Mission Resolute Support hat bisher maßgeblich dazu beigetragen, die afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte weiter zu professionalisieren. Resolute Support ist dabei als Operation in drei Phasen angelegt. Zunächst soll weiter das „Nabe- und Speichenmodell“ in den Hauptquartieren und höheren Kommandobehörden der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte der jeweiligen Speichen wirken. In einer zweiten Phase wird die Ausbildung, Beratung und Unterstützung mit dann verringertem Kräfteansatz grundsätzlich auf die Institutionen der afghanischen Hauptstadt Kabul konzentriert. In einer dritten und letzten Phase soll die Rückverlegung der internationalen Truppen aus Afghanistan beginnen. Der Operationsplan der NATO schreibt die Übergänge der Phasen zeitlich nicht vor. Die Obergrenze des einzusetzenden Personals wurde auf 980 erhöht. Damit gewinnt das deutsche Einsatzkontingent die notwendige Flexibilität, um die Beratungs-, Ausbildungs- und Unterstützungsleistung in der Speiche Nord auf Grundlage der Analyse der Fähigkeitsdefizite der afghanischen Sicherheitskräfte auch personell erhöht und intensiviert weiterzuführen. Die Mission Resolute Support ist weiterhin kein Kampfeinsatz und hat auch nicht die Aufgabe, sich direkt an der Terror- oder der Drogenbekämpfung zu beteiligen. Die allgemein volatile Lage ergibt allerdings, dass es dennoch zu Gefechtshandlungen in Ausübung des Selbstverteidigungsrechtes, zum Schutz der eigenen Truppe, von Personal der internationalen Gemeinschaft oder designierter Personen kommen kann. Resolute Support ist Teil der umfassenden Unterstützung der Bundesregierung für Afghanistan. Gute Regierungsführung, Sicherheit sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklungsperspektive sind Schlüssel zu einer besseren Zukunft für alle Afghanen und zugleich der beste Weg, um Flucht- und Migrationsursachen in Afghanistan effektiv zu begegnen. Der Einsatz Resolute Support hilft, die Bedingungen für unser ziviles und polizeiliches Engagement zu erhalten. Gleichzeitig setzt er ein wirksames Zeichen gegen Hoffnungen der regierungsfeindlichen Kräfte auf militärischen Erfolg und verbessert damit die Ausgangsbedingungen für einen politischen Friedensprozess.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 18/6743 in seiner 79. Sitzung am 4. Dezember 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/6743 in seiner 55. Sitzung am 4. Dezember 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/6743 in seiner 49. Sitzung am 4. Dezember 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und

SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/6743 in seiner 47. Sitzung am 4. Dezember 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/6743 in seiner 57. Sitzung am 4. Dezember 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im Haushaltsausschuss

Der **Haushaltsausschuss** nimmt gemäß § 96 GOBT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 4. Dezember 2015

Jürgen Hardt
Berichterstatter

Niels Annen
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Dr. Frithjof Schmidt
Berichterstatter

